

US-Notenbank bleibt beim „Twist“

Das amerikanische Federal Reserve (Fed) hat bei ihrer geldpolitischen Sitzung in der vergangenen Woche beschlossen, dass die sogenannte „Operation Twist“ bis Ende des Jahres verlängert wird. Im Rahmen dieses Programms schichtet die Notenbank ihren Besitz an Wertpapieren um, indem kurzfristige Papiere mit einer Laufzeit von bis zu 3 Jahren verkauft und gleichzeitig langfristige Papiere mit Laufzeiten zwischen 6 und 30 Jahren gekauft werden. Ziel ist die Senkung der Langfrist-Zinsen, um auf diesem Weg die Wirtschaft anzukurbeln. Bisher hatte „Twist“ ein Volumen von rund 400 Milliarden Dollar. Nun sollen nochmal 267 Milliarden dazu kommen. Bei der Verlängerung war man sich im Offenmarktausschuss (FOMC) weitgehend einig. Nur der Präsident der Fed von Richmond, Jeffrey M. Laucker, stimmte dagegen.

Die Leitzinsen wurden bei dem Rekord-Tief von 0 bis 0,25 Prozent belassen. Der Fed-Vorsitzende Bernanke bekräftigte, dass die Leitzinsen voraussichtlich noch mindestens bis Ende 2014 auf dem „außergewöhnlich niedrigen Niveau“ bleiben sollen.

Ein von einigen Ökonomen erhofftes neues „Quantitative Easing“ (QE 3) wird es dagegen vorerst nicht geben. Im Rahmen eines solchen Programms würde die Notenbank neue Anleihen in Ihren Bestand aufnehmen, also im Gegensatz zum Twist die Märkte über die Druckerpresse mit frischem Kapital fluten. Das hatte man mit zwei Programmen von 2008 bis Juli 2011 bereits getan und so mehr als 2 Billionen Dollar in Umlauf gebracht. Experten schätzen, dass dadurch ein um drei Prozent höheres Wirtschaftswachstum erreicht und rund 3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Solch ein starkes Instrument hat aber auch Risiken, insbesondere im Hinblick auf die Inflation.

Notenbank ist bereit zu weiteren Schritten

Bernanke betonte, dass man zu weiteren geldpolitischen Schritten bereit sei. „Wir sind – falls notwendig – bereit zu handeln“, sagte er bei der Pressekonferenz nach der Sitzung. Ausdrücklich bestätigte er in diesem Zusammenhang, dass man auch über neue Anleihenkäufe (also das erwähnte Quantitative Easing) nachdenken würde. Man habe noch „weitere Munition“. Vor allem die Situation in Europa belaste die wirtschaftlichen Aussichten der USA. Die nun beschlossene Verlängerung des Twists sei bereits ein „substanzieller Schritt“, welchem aber weitere folgen könnten. Man würde dabei auch weitere Staatsanleihen-Käufe in Erwägung ziehen, falls die Wirtschaft dies benötige. Auch falls man keine andauernde Verbesserung am Arbeitsmarkt sehe, sei die Notenbank darauf vorbereitet zu reagieren.

Gegenüber der letzten Schätzung im April wurden die Konjunkturerwartungen deutlich gesenkt. Anstatt einem Wirtschaftswachstum von 2,4 bis 2,9 Prozent, erwartet man jetzt nur noch 1,9 bis 2,4 Prozent für dieses Jahr. Man habe das Tempo der Erholung zu optimistisch eingeschätzt, räumte Bernanke ein. Trotzdem gehe man davon aus, dass die Konjunktur im Moment moderat wachse und sich dies im Jahresverlauf beschleunigen würde.

Fed wartet ab

Obwohl das Ergebnis der Fed-Sitzung von Experten im Vorfeld so erwartet wurde, zeigten sich einige Ökonomen enttäuscht. Mit der jetzigen Verlängerung des Twists bleibt die Notenbank einfach bei der bisherigen Geldpolitik. Es gibt weder eine Straffung, noch eine Lockerung. Ob Twist aber letztendlich die Konjunktur wirklich nachhaltig stützt, ist umstritten. Das Ziel soll die Senkung der Langzeitzinsen sein. Diese befinden sich aber ohnehin auf einem sehr niedrigen Niveau. So ist insgesamt eigentlich nicht viel passiert: Die (auch ohne QE3 schon) lockere Geldpolitik wird nicht geändert und man beobachtet die weitere Entwicklung. Dabei ist man jederzeit bereit zu weiteren Maßnahmen, wenn diese erforderlich werden. Bisher sieht man diesen Zeitpunkt aber noch nicht für gekommen an.

Zinssenkung auch in Europa?

Während das Federal Reserve also abwartet, könnte die Europäische Zentralbank (EZB) schon bei ihrer kommenden Sitzung am 5. Juli die Geldpolitik weiter lockern. Bereits bei der letzten Sitzung wurde über eine Zinssenkung diskutiert, auch wenn man sich da mehrheitlich noch dagegen entschieden hat. Dies bestätigte Direktoriums-Mitglied Benoit Coeure vor einigen Tagen in einem Gespräch mit der Financial Times. Sicherlich werde man auch auf der kommenden Sitzung darüber beraten. Er ergänzte, dass es aus Inflationssicht kein Hindernis für die Senkung des Schlüsselsatzes gebe. Eine Zinssenkung sei allerdings kein Allheilmittel. Es „würde sicher nicht die fundamentalen Probleme lösen“. Es könnte aber die schwache Wirtschaft unterstützen und das Vertrauen der Finanzmärkte stärken, welche sich derzeit „in Unordnung“ befinden würden.

Zuvor hatte auch schon das österreichische Ratsmitglied Ewald Nowotny Spekulationen über eine geldpolitische Lockerung der EZB genährt. Er erklärte: „Die EZB hat weitere Instrumente zu ihrer Verfügung – auch in Bezug auf die Zinspolitik“. Dabei wäre auch eine Senkung des Einlagenzinses für Banken auf null möglich, um diese anzuregen das Geld nicht mehr bei der EZB zu parken, sondern untereinander Handel zu treiben bzw. Kredite zu vergeben. Ein solcher Schritt sei „natürlich vorstellbar“, sagte Nowotny. Im Moment liegt der Einlagenzins bei 0,25 Prozent.

Rettungsschirm soll Anleihen kaufen

Bezüglich der langfristig auf nicht tragbare Höhen gestiegenen Renditen von italienischen und spanischen Staatsanleihen schlug Benoit Coeure die Nutzung des Rettungsschirms EFSF vor. Dieser könne Anleihen kaufen um die Renditen auf diesem Weg zu senken. Diese Möglichkeit wäre schon vor rund einem Jahr geschaffen worden und es sei für ihn unverständlich, warum das bisher nicht genutzt worden ist. Dass die EZB ihr eigenes (ruhendes) Anleihenkaufprogramm wieder aufnimmt, hält Benoit dagegen für nicht sinnvoll. Das hatte insbesondere Spanien zuletzt mehrfach gefordert.

Stimmung in der deutschen Industrie trübt sich ein

Lange sah es so aus, als ob die deutsche Wirtschaft der Euro-Krise wie ein Fels in der Brandung trotzen kann. Inzwischen mehren sich aber die Zeichen, das die Situation auch dort kippt. Das zeigen mehrere in der vergangenen Woche veröffentlichte Stimmungs-Indikatoren. Das stark beachtete ifo Geschäftsklima fiel beispielsweise von 106,9 Punkten im Mai auf jetzt 105,3 Punkte. Das ist der tiefste Stand seit März 2010. Dabei wurde die aktuelle Lage mit 113,9 Punkten sogar leicht besser beurteilt, als noch vor einem Monat mit 113,2 Punkten. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich aber mit 97,3 gegenüber 100,8 Punkten deutlich eingetrübt. „Die deutsche Wirtschaft befürchtet zunehmende Beeinträchtigungen durch die Eurokrise“, sagte der Präsident des ifo Institut Hans-Werner Sinn.

Im verarbeitenden Gewerbe wurde die aktuelle Situation zwar etwas besser eingeschätzt, dafür sind die Erwartungen deutlich gesunken. Vor allem das Exportgeschäft bereitet hier aufgrund der Rezession in Südeuropa Sorge. Die Großhändler beurteilen sowohl die aktuelle Situation, als auch ihre Erwartungen schlechter. Positiver sieht es im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel aus, wo die aktuelle Situation als stabil bzw. sogar besser eingeschätzt wird. Hier konnten auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate steigen.

Absturz bei den ZEW-Konjunkturerwartungen

Während die Stimmung in der Industrie sich also eintrübt, aber insgesamt noch als gut bezeichnet werden kann, sind die Erwartungen der deutschen Finanzexperten im Vergleich zum Vormonat regelrecht eingebrochen. Das zeigen die ebenfalls in der vergangenen Woche veröffentlichten ZEW-Konjunkturerwartungen. Der von dem Mannheimer ZEW-Institut ermittelte Indikator fiel um 27,7 Punkte und notiert nun bei minus 16,9 Punkten. Das ist der stärkste Rückgang innerhalb eines Monats seit Oktober 1998. Experten hatten im Vorfeld einen nur leicht auf 3,8 Punkte rückläufigen Wert erwartet.

Laut ZEW-Institut haben die Zuspitzung der Lage des spanischen Bankensektors und der über weite Teile des Umfragezeitraums noch unbekanntem Ausgang der griechischen Wahlen den Einbruch verursacht. ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz



sagte: "Die Erwartungen der Finanzmarktexperten warnen eindringlich vor einer allzu optimistischen Einschätzung der deutschen Konjunkturperspektiven in diesem Jahr. Denn die Risiken einer markanten Konjunkturabschwächung in wichtigen Handelspartnerländern sind unübersehbar. Hinzu kommt die nach wie vor brenzlige Lage im Euro-Raum. Das Votum der griechischen Wähler verschafft uns eine kurze Atempause - nicht mehr und nicht weniger".

Für den Euroraum bezeichnet mit 0,4 Prozent fast niemand mehr die derzeitige Situation als gut. 73,6 Prozent bewerten die Lage schlecht. Für Deutschland halten immerhin noch 37,2 Prozent die Situation für gut. Das sind allerdings 10,1 Prozent weniger, als noch vor einem Monat. 34,1 Prozent (plus 14,7 Prozent) erwarten in den kommenden sechs Monaten eine Verschlechterung. Für den Euroraum sind dies 34,8 Prozent (plus 10,2 Prozent). Allerdings geht eine Mehrheit von 55,9 Prozent der Umfrage-Teilnehmer von einem steigenden DAX aus. Für EUR/USD erwartet eine leichte Mehrheit von 41,7 Prozent einen sinkenden Kurs. Allerdings ist hier das Ergebnis nicht eindeutig. 33,5 Prozent der Experten erwarten einen ungefähr gleich bleibenden Kurs, während 24,8 Prozent von einem steigenden Euro ausgehen.

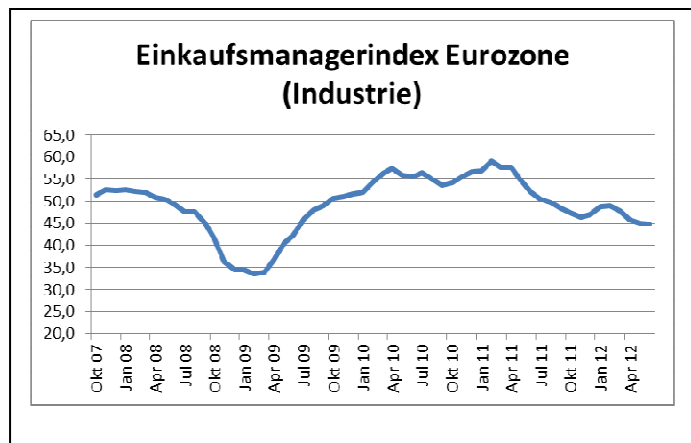
An der Umfrage haben sich 274 Analysten und institutionelle Anleger beteiligt. Diese wurden befragt über deren Einschätzung zur konjunkturellen Entwicklung in den kommenden sechs Monaten. Das Ergebnis ist die Differenz zwischen positiven und negativen Meinungen. Erwarten zum Beispiel 20 Prozent eine Verbesserung der Lage, 30 Prozent aber eine Verschlechterung, würde der Wert bei minus 10 liegen (20 minus 30). Analysten, welche keine Veränderung der Situation erwarten, werden nicht berücksichtigt. Insgesamt bedeuten negative Zahlen also eine überwiegend pessimistische Einschätzung, während positive Zahlen Optimismus verkünden.

Einkaufsmanagerindex auf 3-Jahrestief

Deutliche Warnzeichen sind auch aus der in der vergangenen Woche vom Londoner Markit-Institut ermittelten Schnellschätzung des Einkaufsmanagerindex zu erkennen. Dieser fiel um 0,8 auf 48,5 Punkte und somit auf den tiefsten Stand seit Juni 2009. Damit liegt der Index bereits den zweiten Monat in Folge unter der Wachstumsschwelle von 50, unter welcher von einer Konjunkturabkühlung ausgegangen werden muss. Der Teilindikator für das verarbeitende Gewerbe liegt sogar schon den vierten Monat unter 50 und entfernt sich mit 44,7 Punkte (Mai 45,2) weiter vom Wachstumsbereich. Im Dienstleistungsbereich sind die Erwartungen für die kommenden zwölf Monate sogar so stark gefallen, wie noch nie seit Beginn der Umfrage vor 15 Jahren. Trotzdem signalisiert das Ergebnis von 50,3 Punkten hier immerhin noch leichtes Wachstum. „In den deutschen Unternehmen setzt sich zunehmend die Ansicht durch, dass die Turbulenzen der Euro-Zone die Geschäftsaussichten für das zweite Halbjahr 2012 bereits beschädigt haben“, sagte Markit-Ökonom Tim Moore.

Erneuter Wachstumsrückgang in der Eurozone

Während es für Deutschland Warn-Zeichen gibt, wird die Situation für die Eurozone insgesamt immer dramatischer. Mit 46,0 Punkten notiert der Einkaufsmanagerindex auf dem tiefsten Stand seit drei Jahren. Mit Ausnahme eines leichten Zuwachses im Januar befindet sich die Wirtschaft damit schon seit September letzten Jahres auf Talfahrt, wobei sich der Abwärtstrend im zweiten Quartal 2012 erheblich beschleunigt hat. Wenn man von Deutschland mit nur zwei Wachstumsrückgängen und Frankreich mit vier Rückgängen absieht, ist die Wirtschaft in den anderen Ländern sogar schon den 13. Monat in Folge rückläufig und dabei so stark, wie zuletzt im November 2011. Auch der wichtige Teilindikator für die Industrie liegt bereits seit August 2011 unter der Wachstumsschwelle von 50 und sank im Juni auf 44,8 Punkte (Mai 45,1), was ebenfalls ein 3-Jahrestief darstellt.



Angesichts dieses Ergebnisses erwartet Chris Williamson, Chef-Ökonom von Markit, dass das BIP der Eurozone im 2. Quartal um 0,6 Prozent geschrumpft sein dürfte. Die Talfahrt würde sich beschleunigen und habe inzwischen die gesamte Region erfasst. Selbst Deutschland könnte im zweiten Quartal einen geringfügigen Rückgang ausweisen. In anderen Ländern dürften noch erheblich höhere Schrumpfungsraten zu Buche schlagen. Noch alarmierender sei jedoch, dass sich die Geschäftsaussichten dramatisch verschlechtert hätten und die Beschäftigung sowie die Einkaufsmenge stark reduziert werden. Dies deute darauf hin, dass die Unternehmen in den nächsten Monaten wegen der wirtschaftlichen und politischen Unsicherheit mit einer weiteren Verschlechterung der Lage rechneten. Immerhin sieht Williamson auch einen Hoffnungsschimmer. Ein vor allem in der Industrie nachlassender Preisdruck könnte die derzeitige Inflation von 2,4 Prozent abschwächen. Das würde wiederum Spielraum für zusätzliche Wachstumsanreize geben und könnte so auch dem Geschäftsklima wieder „auf die Beine helfen“.

EUR/USD

Nach dem Wahlerfolg der reformfreundlichen Parteien in Griechenland, eröffnete EUR/USD in der vergangenen Woche zunächst mit einem Gap von rund 100 Pips bei 1,2738. Doch die Erleichterung wich bald Ernüchterung und die Märkte fokussierten sich wieder auf die anderen ungelösten Probleme in Europa. Der Euro zeigte gegenüber dem Dollar anschließend eine Achterbahnfahrt. Zunächst ging es bis fast 1,255 nach unten, bevor sich das Paar wieder über 1,27 erholen konnte. Das Ausbleiben einer neuen Quantitativen Lockerung der amerikanischen Notenbank stärkte dann in der zweiten Wochenhälfte erneut den Dollar und der Kurs liegt zum Wochenende wieder nur leicht über 1,255. Langfristig betrachtet überwiegen für den Euro weiterhin die Abwärtsrisiken. Die entscheidende Unterstützung findet sich bei 1,2433. Sollte der Kurs darunter fallen, dürfte es über das Jahres-Tief bei 1,2286 anschließend bis 1,215 und 1,1874 weiter nach unten gehen. Nach oben liegt der nächste wichtige Widerstand bei 1,275. Darüber könnte von einem weiteren Anstieg bis 1,2824 und 1,30 ausgegangen werden. Erst darüber würde sich das Chartbild auch langfristig wieder aufhellen und für einen bis zunächst 1,3486 weiter steigenden Euro sprechen. Da am Ende der kommenden Woche der mit Spannung erwartete EU-Gipfel ansteht, ist es denkbar, dass zunächst ein recht unentschlossener Handel zu sehen ist und es erst nach Bekanntgabe von ersten Ergebnissen am Ende der Woche zu größeren Bewegungen kommt.

Tageschart EUR/USD:



BoE-Entscheidung war äußerst knapp

Bei der Sitzung des geldpolitischen Rats (MPC) der Bank of England (BoE) am 6. und 7. Juni hatte man keine Änderungen an der Geldpolitik beschlossen. Die Leitzinsen wurden auf dem seit über drei Jahren gültigen Rekord-Tief von 0,5 Prozent belassen und auch das Anleihenkaufprogramm über 325 Milliarden Pfund wurde nicht ausgeweitet. Diese Entscheidung war allerdings äußerst knapp, wie das in der vergangenen Woche veröffentlichte Sitzungs-Protokoll zeigt. Nur fünf der neun stimmberechtigten Mitglieder stimmten für den abwartenden Kurs. Vier plädierten dagegen für weitere Anleihenkäufe, darunter auch der Notenbank-Vorsitzende Mervyn King, welcher eine Aufstockung um 50 Milliarden Pfund befürwortete. Der gleichen Meinung waren Adam Posen und David Miles. Paul Fisher stimmte für eine geringere Anhebung um 25 Milliarden Pfund.

Auch über eine weitere Senkung der Leitzinsen wurde gesprochen. Insgesamt stimmte man dann aber einstimmig dagegen. Es sei besser die weitere Entwicklung in der Eurokrise noch abzuwarten, wurde mitgeteilt.

Das Protokoll zeigt, wie nah die Zentralbank einer weiteren geldpolitischen Lockerung ist. Zum einen schwächelt die britische Konjunktur. Auch die Arbeitslosigkeit ist im Mai unerwartet leicht gestiegen, wie ebenfalls in der vergangenen Woche bekannt gegeben wurde. Zum anderen lassen die Inflationssorgen nach. Der Anstieg der Verbraucherpreise ist zuletzt mit 2,8 Prozent auf ein 2,5-Jahrestief gefallen. Das gibt der Notenbank Spielraum für weitere geldpolitische Maßnahmen. Experten waren ohnehin schon der Meinung, dass eine Ausweitung der Anleihenkäufe noch kommen wird. Viele gingen bisher von Spätsommer oder Herbst aus. Da das Ergebnis so eng ausgefallen ist, steigt aber nun die Wahrscheinlichkeit, dass es schon früher dazu kommt, insbesondere falls es weitere schlechte Nachrichten von der britischen Konjunktur oder eine neue Eskalation in der Euro-Krise geben sollte.

Sicher ist bereits eine Geldspritze für die Banken. Das hatte der BoE-Gouverneur King schon in der Vorwoche angekündigt. Um die Institute vor Ansteckungsgefahren in der Eurokrise zu schützen, sollen diese auf günstige langfristige Notenbank-Kredite zurückgreifen können. Insgesamt sollen rund 100 Milliarden Pfund bereitgestellt werden. Die genauen Einzelheiten werden gerade zusammen mit der Regierung ausgearbeitet.

Charttechnische Betrachtung von GBP/USD:

Bereits seit Juli 2010 bewegt sich GBP/USD seitwärts in einer breiten Spanne zwischen 1,6746 und einem Tief bei 1,5234, welches Mitte Januar dieses Jahres erreicht wurde. Von dort konnte der Pfund Anfang des Jahres zunächst deutlich steigen. Nach einem Hoch bei 1,63, ging es ab Mai aber wieder steil nach unten.

Am 1. Juni lag das Paar bei 1,5264 und somit nicht mehr weit vom Januar-Tief entfernt. Inzwischen konnte sich der Kurs erneut erholen und in der vergangenen Woche kurzfristig bis 1,5777 steigen. Auf Tagesschluss-Basis gelang es dem Paar aber nicht über der 200-Tageslinie zu schließen, welche aktuell bei ungefähr 1,5746 verläuft. Auch das Sitzungs-Protokoll der Notenbank führte zunächst zu keiner Bewegung. Nach dem Ausbleiben einer neuen quantitativen Lockerung der US-Notenbank, ging es dann aber deutlich bis 1,5552 nach unten. Wichtig ist nun der Unterstützungsbereich bei ungefähr 1,54. Sollte der Kurs darunter fallen würden weitere Abgaben bis zum Januar-Tief bei 1,5234 drohen. Anschließend müsste sogar von einer weiteren Abwertung bis 1,48 und 1,423 ausgegangen werden. Insgesamt ist die Situation im Moment nicht ganz eindeutig. Es spricht aber vieles dafür, dass das Paar in der seit Juli 2010 gültigen breiten Seitwärts-Range bleibt. Bestätigt würde diese Ansicht, falls ein Anstieg über die 200-Tageslinie auch auf Tagesschluss-Basis gelingt. Dann würden die nächsten Ziele bei 1,5842; 1,60 und 1,64 liegen.

Tageschart GBP/USD:



AUD/USD

RBA sieht gute wirtschaftliche Situation in Australien – aber auch große Risiken

Bei der letzten geldpolitischen Sitzung der Reserve Bank of Australia (RBA) vor rund zwei Wochen hatte man die Leitzinsen um 0,25 Prozent auf jetzt 3,50 Prozent gesenkt. Bereits im Mai hatte man davor einen überraschend großen Zinsschritt um 0,50 Prozent beschlossen. Trotz der beiden Zinssenkungen sieht man die wirtschaftliche Situation in Australien eigentlich recht zufriedenstellend. Das geht aus dem in der vergangenen Woche veröffentlichten Sitzungsprotokoll hervor. Gleichzeitig herrsche aber ein schwieriges Umfeld. Es gebe klare Zeichen für eine weltweite Konjunktur-Abkühlung, wofür hauptsächlich die europäische Schuldenkrise verantwortlich sei. Daher habe man vorsorglich mit den Zinssenkungen reagiert, um die heimische Wirtschaft frühzeitig zu stützen. Da die Inflation zuletzt deutlich gesunken sei, wäre die Maßnahme gut mit dem Inflationsziel von 2 bis 3 Prozent vereinbar und man könne sich bei der Geldpolitik auf die wirtschaftlichen Risiken konzentrieren. Ökonomen erwarten, dass es in den kommenden Monaten zu weiteren Senkungen des Leitzinses kommen wird.

Charttechnische Situation:

AUD/USD bewegt sich seit Mitte 2010 in einer breiten Range zwischen 0,9385 und 1,11. In diesem Jahr ging es zunächst bis über 1,08 nach oben, bevor das Paar anschließend wieder deutlich verlor und am 1. Juni ein Tief bei 0,961 erreichte. Seitdem erholt sich der Kurs erneut. In der vergangenen Woche gelang zunächst ein Anstieg bis über 1,022. Der in der zweiten Wochenhälfte allgemein stärker werdende US-Dollar wirkte sich dann aber auch bei diesem Paar aus und sorgte für deutliche Kursverluste bis 1,0004. Damit bewegte sich AUD/USD ziemlich exakt zwischen zwei Kursbereichen, welche eine Bedeutung für den weiteren Verlauf haben. Bei einem Rückfall unter die Parität (= Kursverhältnis von 1:1) würden weitere Abgaben bis 0,98 und 0,96 drohen. Sollte das Paar nun aber wieder zulegen und erneut über 1,022 steigen, dürfte sich die bisher im Juni zu sehende Aufwertung direkt fortsetzen. Das nächste wichtige Ziel liegt dann bereits bei ungefähr 1,08.



EUR/JPY

Vor der Finanzkrise 2008 notierte EUR/JPY noch bei fast 170. Seitdem geht es kontinuierlich nach unten. Am 16. Januar diesen Jahres lag der Kurs mit 97,0 bereits einmal auf einem 11-Jahrestief. Anschließend gab es aber eine deutliche Gegenbewegung, welche im März bei 110 endete. Von dort drehte der Euro erneut nach unten und fiel am 1. Juni mit 95,96 auf den tiefsten Stand seit November 2000. Auf diesem Niveau deutlich überverkauft, korrigiert das Paar aktuell nach oben. Auch in der vergangenen Woche gelang ein leichter Anstieg und der Kurs liegt zum Wochenschluss wieder leicht über 101. Kurzfristig könnte sich diese Entwicklung noch fortsetzen. Die nächsten Ziele liegen bei 102,12 und der 200-Tageslinie bei ungefähr 103,80. Für einen langfristigen Trendwechsel spricht dagegen die jetzige Erholung nicht. Dafür müsste ein erheblicher weiterer Anstieg bis über 112 gelingen. Im Moment ist die Entwicklung nur als Zwischen-Korrektur zu sehen, bevor es wieder nach unten geht. Schon unter 100,33 würde sich das Chartbild auch kurzfristig wieder etwas eintrüben. Entscheidend ist aber erst der Unterstützungsbereich zwischen 99,00 und 98,52. Sollte der Kurs darunter fallen, müsste von einer deutlichen weiteren Euro-Abwertung bis 95 und dann 88,94 (2010-Tief) ausgegangen werden.

Tageschart EUR/JPY:



USD/JPY

Neue Dollar-Stärke?

Insgesamt befindet sich USD/JPY bereits seit Juni 2007 in einer langsamen, aber kontinuierlichen, Abwärts-Bewegung, welche den Kurs von über 124 bis zu einem Rekord-Tief bei 75,54 im Oktober letzten Jahres geführt hat. Einen weiteren Kursrutsch hatte Japan dann durch mehrere Interventionen verhindert. Im Februar und März gelang überraschend ein steiler Anstieg von 76 bis 84,17. Seitdem ging es aber wieder nach unten und der Kurs fiel am 1. Juni bis 77,62. Aktuell korrigiert der Kurs erneut nach oben, wobei der Dollar in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche sogar deutlich zulegen und in der Spitze bis 80,57 steigen konnte. Der Schlusskurs liegt zum Wochenende mit 80,40 nur leicht niedriger. Die aktuelle Situation ist interessant. Sollte ein Anstieg über 80,61 gelingen, würde sich das Chartbild aufhellen und für weiter bis zunächst 81,86 und 84,17 steigende Kurse sprechen. Sollte es dagegen in der kommenden Woche wieder nach unten gehen, rückt die Unterstützung bei 78,57 in den Fokus. Denn darunter müsste von einer deutlichen weiteren Abwertung bis 77,62 und dann zum Rekordtief bei 75,54 ausgegangen werden.

Tageschart USD/JPY:



Wichtige Termine in der kommenden Woche

EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag

Die Eurokrise wird auch in der kommenden Woche die Märkte beherrschen. Mit Spannung wird daher ein EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs erwartet, welcher am Donnerstag und Freitag stattfindet. Dort soll die Wirtschafts- und Währungsunion vertieft und insbesondere Wachstumsimpulse für die schwächelnde Konjunktur geschaffen werden. Der französische Präsident Hollande fordert eine schnelle Konjunktur-Spritze über 130 Milliarden Euro, welche aus ungenutzten EU-Strukturfonds, aus Mitteln der Europäischen Investmentbank und zum kleinen Teil aus Projektanleihen finanziert werden soll. Investiert werden soll insbesondere in neuartige Technologien. Zumindest in diesem Punkt scheint man sich weitgehend einig zu sein. Bei einem Mini-Gipfel am vergangenen Freitag in Rom hatten sich die Regierungschefs von Italien, Deutschland, Spanien und Frankreich bereits darauf verständigt. Spaniens Ministerpräsident Rajoy sagte nach der Sitzung: "Wir sind uns einig, dass das Wachstum angekurbelt werden wird". Außerdem möchte man sich gemeinsam für eine Finanztransaktionssteuer einsetzen.

Doch nicht nur über Wachstum soll diskutiert werden. Auch die umstrittenen Eurobonds werden wieder ein Thema sein. Um dafür eher eine Mehrheit finden zu können, ist zuletzt eine abgewandelte Form, sogenannte "Euro-Bills" ins Gespräch gebracht worden. Nach diesem Vorschlag sollen lediglich kurzfristige Bonds mit einer Laufzeit von maximal einem Jahr gemeinsam ausgegeben werden. Zudem sollen diese für die Länder in der Höhe begrenzt bleiben und nur unter bestimmten Bedingungen, zum Beispiel einer soliden Haushaltspolitik, möglich sein. Wie nicht anders zu erwarten war, regte sich in Ländern wie Deutschland und Österreich aber auch dagegen sofort Widerstand. Nicht unwahrscheinlich ist dagegen die Planung einer Bankenunion, also einer gemeinsamen Aufsichtsbehörde. Zuletzt wurde darüber gesprochen diese Aufgabe der EZB zu übertragen. Hier zeichnet sich eine breite Zustimmung ab. Überhaupt soll es darum gehen, dass Europa enger zusammen wächst. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel betonte die Notwendigkeit einer "politischen Union". Man müsse "Schritt für Schritt" mehr Kompetenzen an Europa abgeben und auch Kontrollmöglichkeiten einräumen.

Insgesamt werden die Märkte sehr stark auf die Ergebnisse des Gipfels achten. Sollten diese enttäuschen und es keine klaren und glaubhaften Beschlüsse geben, könnte dies zu neuen Markt-Turbulenzen führen. Und da die Erwartungen hoch sind, besteht auch ein sehr großes Enttäuschungs-Potential.

Auch die Anleihen-Renditen der Peripherie-Staaten werden in der kommenden Woche wieder im Fokus stehen. In der vergangenen Woche stiegen zehnjährige spanische Bonds auf einen Rekordwert von fast 7,3 Prozent. Sollten die Renditen in solchen Höhen bleiben, könnten sich die Iberer längerfristig nicht mehr selbst refinanzieren. Zwar entspannte sich die Situation zum Ende der Woche etwas. Doch die Gefahr ist keineswegs gebannt. Wie sich die Renditen weiter entwickeln, wird man insbesondere am Dienstag sehen. Dann möchte Spanien neue Anleihen platzieren. Auch Italien wird zunehmend in die Krise rein gezogen, hat unter steigenden Anleihen-Renditen zu leiden und wird am Donnerstag und Freitag Anleihen ausgeben.

Insgesamt werden im Wochenverlauf auch eine ganze Reihe konjunktureller Daten veröffentlicht. Diese haben aber keine sehr herausragende Bedeutung und dürften wegen der derzeitigen Fokussierung auf die Euro-Krise nur eine untergeordnete Rolle spielen. Trotzdem sollte man zumindest die amerikanischen Daten nicht ganz außer Acht lassen. Zu nennen sind hier insbesondere Zahlen zum wichtigen (und immer noch schwächelnden) Immobilienmarkt am Montag und Mittwoch (jeweils 16:00 Uhr), die Aufträge langlebiger Wirtschaftsgüter (Mittwoch, 14:30 Uhr), sowie die Anträge auf Arbeitslosenhilfe am Donnerstag um 14:30 Uhr.

Ihr MAVEST TEAM

KONTAKT

MAVEST GmbH
Churerstrasse 35
CH-9470 Buchs SG
FON: ++41 81 511 01 81
FAX: ++41 81 750 50 31
Handelsregister: CH-320.4.068.620-6
www.mavest.ch

DISCLAIMER

Wichtig ist uns: Auf keinen Fall sollten Leser aus unseren Bemerkungen und aus den manchmal etwas launigen Kommentierungen Rückschlüsse auf unsere gemachten und schon gar nicht auf künftige Handelsentscheidungen von MAVEST ableiten. Für uns gilt: Der Markt zeigt uns die Richtung. Bis dahin sind wir schwebend unentschieden. Selbstverständlich sollte niemand sich durch diesen Kommentar oder andere Hinweise auf unserer Homepage aufgefordert fühlen, auf den Kapitalmärkten aktiv zu werden. MAVEST lehnt jegliche Verantwortung für etwaige Kapitalverluste von Lesern dieser Kommentare ausdrücklich ab. Zu unserem Grundverständnis gehört es, dass Engagements an den Kapitalmärkten immer durch freie Investoren auf eigenes Risiko erfolgen sollten.